

FREIBERUFLER-TICKER vom 29.11.2013

1. Freie Berufe im Koalitionsvertrag

CDU/CSU und SPD haben ihren Koalitionsvertrag für die 18. Legislaturperiode ausgehandelt. Im Kapitel "Deutschlands Wachstum stärken" werden unter der Zwischenüberschrift "Mittelstand, Handwerk, Handel und Freie Berufe" die Freien Berufe explizit angesprochen. Wörtlich heißt es: "Selbständige und Freiberufler stehen als wesentlicher Teil des Mittelstands im Fokus unserer Wirtschaftspolitik. Wir werden uns für den Erhalt der Selbstverwaltung von Kammern und Verbänden in den Freien Berufen auf europäischer Ebene einsetzen." Im Kapitel Gesundheit und Pflege wird zum einen die Freiberuflichkeit der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte, Zahnärztinnen und Zahnärzte und Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten als unverzichtbares Element für die flächendeckende ambulante Versorgung bezeichnet. Zum anderen heißt es, dass eine qualitativ hochwertige, sichere und wohnortnahe Arzneimittelversorgung freiberuflich tätige Apothekerinnen und Apotheker in inhabergeführten Apotheken erfordert. Auch stehen die Autoren weiterhin zu der berufsständischen Versorgung der verkammerten Freien Berufe, auch diese bleibe als eigenständiges Alterssicherungssystem erhalten.

Der Vertrag ist auf den Internet-Seiten der beteiligten Parteien prominent platziert und kann dort herunter geladen werden.

2. Kommissionsmitteilung reglementierte Berufe – Bundesratsbeschlussvorlage

Der Bundesrat hat sich am 19. November 2013 (BR-Drs. 717/1/13) mit der Mitteilung der Europäischen Kommission „zur Bewertung nationaler Reglementierungen des Berufszugangs“ KOM(2013)676 betreffend die Durchführung des Transparenzmechanismus in Art. 59 der revidierten Berufsqualifikationsrichtlinie (BQRL) befasst. Darin heißt es unter anderem in den Punkten 3, 4, 5, 21 und 22:

- „Nach Auffassung des Bundesrates ist der vorgeschlagene Arbeitsplan angesichts der Vielzahl der Berufe, der Komplexität der Materie und der systemischen Bedeutung fragwürdig.“
- „Die gegenseitige Evaluierung darf nicht zum Basar für Qualifikationen und Bildungssysteme werden.“
- „Hinzu kommt ein entscheidender methodischer Mangel des Ansatzes der Kommission, da die Liberalisierung als gewichtiger Grund für (mögliche)

Wachstumsbeschleunigung in verschiedenen Bereichen hervorgehoben wird. Dieser Ansatz der Kommission und die auf Deutschland bezogenen Punkte ihrer Kritik machen ohne belastbare Untersuchungen eine Vorgabe, die die verfolgte Evaluation von Regelungen der hier reglementierten Berufe vorwegzunehmen geeignet ist. Keine der dazu in Bezug genommenen Untersuchungen lässt Schlüsse auf die Wertschöpfung und die dazu geleisteten Entgelte zu. Bei diesem einseitigen Ansatz bleibt die Frage der gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen offen. Ähnliches gilt für die **Freien Berufe**, bei denen die hohen Standards sich in entsprechend qualifizierten Leistungen für die Kundinnen und Kunden niederschlagen. Die z.B. hiermit verbundene präventive Qualitätssicherung müsste nach einer weiteren Liberalisierung durch eine Ausdehnung der staatlichen Kontrolle kompensiert (und finanziert) werden. Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, sich bei der Kommission dafür einzusetzen, für das Evaluierungsverfahren Kriterien zu entwickeln, die auch die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen von Liberalisierungsschritten berücksichtigen.“

- „Beschränkungen im Zugang zu **Freien Berufen** und deren Ausübung erfolgen allenfalls zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor unqualifizierten Dienstleistungserbringern, ohne damit den freien Zugang und die Berufsausübung aus anderen Mitgliedstaaten unionsrechtswidrig auszuschließen oder zu behindern.“
- „Die berufsständische Selbstverwaltung bei den **Freien Berufen** dient nicht nur dem Verbraucherschutz nach außen, sondern übernimmt im Innenverhältnis mit den Mitgliedern auch hoheitliche Aufgaben wie die Berufsaufsicht und die Berufsgerichtsbarkeit sowie versorgungs- und haftungsrechtliche Dienste. Der Bundesrat weist die Bundesregierung darauf hin, dass hier weitere Liberalisierungsschritte zu einem Systemwechsel mit weitreichenden Konsequenzen führen könnten, die mit unübersehbaren Handlungsbedarfen in einer Vielzahl von Politikfeldern verbunden wären. Es ist mehr als fraglich, ob dieser Aufwand zu einem hinreichend konkreten Nutzen führen würde.“

Die Drucksache ist [hier](#) zu finden.

3. Jahresgutachten 2013/2014 des Sachverständigenrats

Das Jahresgutachten 2013/2014 des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung weist darauf hin, dass die derzeit positive wirtschaftliche Entwicklung und die Rekordbeschäftigung Ergebnis zielführender Reformen der Vergangenheit seien, vor allem der Agenda 2010 Reformen. Ferner betont der Sachverständigenrat, dass diese Reformen nicht zurückgedreht oder

verwässert werden dürften. Folgende zentralen wirtschaftspolitischen Handlungsempfehlungen werden vom Sachverständigenrat abgelehnt:

- eine verstärkte Regulierung flexibler Beschäftigungsverhältnisse,
- die Einführung einer Mütterrente,
- das Betreuungsgeld,
- die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns.

Darüber hinaus spricht sich der Sachverständigenrat gegen Steuererhöhungen aus und fordert eine grundlegende Reform des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG).

Das rund 500 Seiten umfassende Gutachten oder einzelne Kapitel können Sie im Internet [hier](#) abrufen.

4. CEN-Konferenz: Improving quality and safety of healthcare

Am 10. Dezember 2013 wird in Brüssel von der Europäischen Normungsorganisation CEN eine Konferenz zum Thema Improving quality and safety of healthcare stattfinden. Die Teilnahme ist kostenfrei – Auslagenerstattungen erfolgen nicht. Näheres zum Hintergrund und zum Programm ist [hier](#) zu finden.

5. OECD Gesundheitsbericht vorgestellt

Hohe Behandlungszahlen und demografischer Wandel stellen deutsches Gesundheitssystem vor Herausforderung. Zu diesem Fazit kommt die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in ihrer jüngsten Ausgabe von "Health at a Glance". Mit Blick auf Deutschland stellt die OECD fest, dass die Deutschen im OECD-Vergleich relativ gesund seien, sich aber häufiger im Krankenhaus behandeln lassen als Menschen in anderen Industrieländern. Hierzulande kommen auf tausend Einwohner 244 Krankenhausbehandlungen, der OECD-Schnitt liegt bei 156.

Mehr erfahren Sie [hier](#).

6. Datenreport 2013 vorgestellt

Statistiker und Sozialforscher haben am Dienstag in Berlin den ["Datenreport 2013. Ein Sozialbericht für Deutschland"](#) vorgestellt, in dem wichtige Zahlen und Befunde zu wichtigen Lebensbereichen zusammengestellt.

Die Autoren selbst nennen ihre Publikation "Sozialatlas über die Lebensverhältnisse in Deutschland". Herausgegeben wird er vom Statistischen Bundesamt, der Bundeszentrale für politische Bildung, dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem Sozioökonomischen Panel (SOEP) am DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung).

Ein Kernergebnis: Deutschland hatte 2012 mit 41,5 Millionen so viele Erwerbstätige wie noch nie. Gleichzeitig war das Arbeitsvolumen niedriger als 1991. Es gebe zwar mehr Jobs, aber auch mehr Armut.

Im Kapitel zu "Soziale Schichtung und soziale Lagen" werden auch die Freien Berufe aufgeführt. Dort heißt es "Selbstständige, freie Berufe sowie hochqualifizierte oder leitende Angestellte und Beamte befinden sich überwiegend im oberen Segment der Einkommensverteilung, während die Zugehörigkeit zu Arbeiterpositionen eher mit einem mittleren oder niedrigeren Einkommen verbunden ist."

7. Gute halbe Million nimmt Studium auf

Im Studienjahr 2013 (Sommersemester 2013 und Wintersemester 2013/2014) nahmen nach ersten vorläufigen Ergebnissen 506.600 Studienanfängerinnen und -anfänger ein Studium an Hochschulen in Deutschland auf. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) weiter mitteilt, stieg die Zahl der Erstsemester damit im Vergleich zu 2012 um zwei Prozent und erreichte nach dem Rekordwert des Jahres 2011 mit 518.700 den zweithöchsten Stand, der jemals erzielt wurde.

Die demografische Entwicklung, der Trend zur Höherqualifizierung und die zunehmende Zahl an Studierenden aus dem Ausland beeinflussen die Zahl der Erstimmatrikulationen.

Die Zahl der Studierenden an Hochschulen ist in den vergangenen zehn Jahren um 0,6 Millionen auf 2,6 Millionen im Wintersemester 2013/2014 gestiegen. Damit lag sie um fünf Prozent über dem Stand des vorhergehenden Wintersemesters. Während die Zahl der Studierenden an Universitäten und vergleichbaren Hochschulen um vier Prozent auf 1,7 Millionen zunahm, stieg sie an Fachhochschulen um sieben Prozent auf 0,9 Millionen Studierende.

Mehr erfahren Sie [hier](#).

8. Zahl der Kontenabfrage steigt

Nach Angaben des Bundesdatenschutzbeauftragten ist die Zahl der Kontenabrufersuchen deutscher Behörden im laufenden Jahr deutlich angestiegen.

Die Zahl kletterte von insgesamt 72.578 Kontenabrufersuchen im Vorjahr auf

102.416 Kontenabrufersuchen bis Ende September 2013. Dies ist bereits heute ein Anstieg von über 40 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Dazu stellt der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Peter Schaar fest: "Das Kontenabrufverfahren wurde 2002 mit der Begründung eingeführt, die Finanzströme des Terrorismus aufzudecken. Hierfür wurde eine zentrale Abrufmöglichkeit für die Daten aller Konteninhaber in Deutschland eingerichtet. In den Folgejahren wurden die Befugnisse zum Abruf stark ausgeweitet: Finanzämter, Sozialdienststellen, Jobcenter, Gerichtsvollzieher und viele andere Behörden nutzen inzwischen das Abrufverfahren. Das Argument des Kampfs gegen den Terrorismus diene – wie wir jetzt wissen – als eine Art Türöffner zu den Kontodaten. Wie Prüfungen der Aufsichtsbehörden ergeben haben, fehlen oftmals sogar die Begründungen für den konkreten Abruf und Benachrichtigungen der Betroffenen unterbleiben. Ich sehe den Gesetzgeber in der Pflicht, die Befugnis zum Kontenabruf zu überprüfen und auf das unbedingt erforderliche Maß zurückzuführen."

Mehr ist [hier](#) zu erfahren.

9. Deutschland leistet größten finanzielle Beitrag zur Europäischen Union

Auch 2012 hat Deutschland erneut den größten Anteil zur Finanzierung des EU-Haushalts erbracht. Netto flossen beinahe zwölf Milliarden Euro. Am Dienstag dieser Woche hatte die Europäische Kommission den Finanzbericht 2012 vorgestellt. Dieser ist [hier](#) abrufbar.